

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Der Zeitungsdirektor und alle anderen sind ersichtlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Zeitungstaxe monatlich, im Hause 2,50 M., (Halbmonatlich) 1,25 M., durch die Post bezogen monatlich 2,20 M., (ohne Zustellungsgeld) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach: Dresden Nr. 18 690. Dresdner Verlagsgesellschaft: Geschäftsleitung: Dresden-L. Mühlentorstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Druckerei: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Normalzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeit anstehend an den Preiszeitigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L. Mühlentorstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Vorrückung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5 Jahrgang

Dresden, Freitag den 1. Februar 1929

Nummer 27

## Massenerwerbslosigkeit und Wirtschaftskämpfe im Reiche

### Die SPD fordert Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge

Aus halbamtlicher Quelle wird mitgeteilt: Auch in der ersten Hälfte des Januar ist die Zahl der unterstützten Arbeitslosen nicht unerheblich gestiegen. Neben dem Daniederliegen der Lohnberufe machen sich aber auch die Wirkungen der abgleitenden Konjunktur bemerkbar. Die Zahl der Unterstützten in der Arbeitslosenversicherung belief sich am 15. Januar auf 2 029 000 gegenüber 1 702 300 am 31. Dezember 1928. Die Steigerung in diesen 14 Tagen beträgt also rund 327 000 Personen (19 Personen). In der Krisenunterstützung befanden sich im Berichtszeitpunkt rund 138 000 Hauptunterstützungsempfänger.

Die Zahl der nichtunterstützten Arbeitslosen beträgt zur Zeit mindestens 800 000, wie es an Hand der Mittelsummen der Arbeitsnachweise über die Arbeitsuchenden festzustellen ist. Die Zahl der Kurzarbeiter wird in sachkundigen Kreisen mit einer Million angegeben.

Die gesamte Erwerbslosenzahl beträgt demnach: 2 029 300 Hauptunterstützungsempfänger, 138 000 Krisenunterstützte, 800 000 Nichtunterstützte und etwa eine Million Kurzarbeiter, das macht zusammen vier Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter.

Die Not der Erwerbslosen steigt mit jedem Tag. Dank der mörderischen Sonderfürsorge für Saisonarbeitslose, die diesen Arbeitern nur 6 Wochen Unterstützung gewährt, bleiben täglich zehntausende Arbeiter ohne die Bettelplättchen der Arbeitslosenversicherung. Die Anträge der kommunistischen Fraktionen in den Landes- und Gemeinderäten und im Reichstag werden von den sozialdemokratisch-bürgerlichen Mehrheiten nicht einmal zur Verhandlung zugelassen. Mit brutalen Mitteln wird jedes Aufstehen der Erwerbslosen durch die Polizei erstickt. Demonstrationen werden mit Hilfe des Gummiknüppels und mit Schussgewalt, sollen dazu dienen, die Erwerbslosen von der Straße fernzuhalten.

800 000 Erwerbslose bekommen schon heute keine Unterstützung mehr und müssen betteln gehen. Diese Arme werden in den nächsten Tagen bis auf eine Million steigen.

### Das ist die Bilanz der sozialdemokratischen Koalitionsregierung.

Die Dresdner Volkszeitung vom 30. Januar klagt darüber, daß die Mittel der Regierung nicht ausreichen, um alle Erwerbslosen zu unterstützen. Ihr Ausweg, den sie sucht, besteht darin, daß sie vorschlägt, man müsse die Erhöhung der Beiträge der Arbeitslosenversicherung um 1/2 Prozent durchführen. Diese Erhöhung soll der Reichstag beschließen, denn die Volkszeitung schreibt:

„Der Reichstag muß in Eile daran gehen, sich mit der Erhöhung des Höchstbetrags der Beiträge von 3 auf 3 1/2 Prozent zu befassen, um dann die Finanzen der Reichsanstalt für alle Zukunft auf eine gesunde Grundlage zu stellen.“

Nach der Dresdner Volkszeitung sollen aber nicht etwa die Unternehmer, die Millionenprofite einheimen, für die Opfer der kapitalistischen Wirtschaft einen höheren Prozentsatz bezahlen, im Gegenteil, die Volkszeitung schlägt vor, daß die härtere Beitragsbelastung auf die Berufe gelegt werden muß, die von der Arbeitslosigkeit nicht besonders heimgegriffen seien. Welche Berufe das sind, verschweigen wohlweislich die Sozialdemokraten. Die Arbeiterklasse wird einem derartigen Ansinnen den stärksten Widerstand entgegenzusetzen und wird durch Massenaktionen zu verhindern wissen, daß nicht noch eine stärkere Belastung der Arbeiterklasse durch Steuern und sonstige Abgaben eintritt. Die Erwerbslosen aber selbst dürfen nicht mehr länger schweigen, sondern müssen gemeinsam mit den noch im Produktionsprozess Stehenden auf die Straße gehen und durch mächtige Demonstrationen ihre Stimme gegen die kapitalistische Gesellschaft, gegen das Erwerbslosenversicherungsgesetz und für die Forderungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der kommunistischen Partei erheben. Es gilt jetzt vorzubereiten den Reichserwerbslosentag am 6. März und ihn zu einer gewaltigen Kundgebung gegen die bürgerlich-sozialdemokratische Regierung zu machen.

### Bergarbeiterstreik in Oberschlesien

Ratiboritz, 1. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Der polnische sozialistische Zentralverband Sektion Bergbau, hat am Mittwoch die Streikparole ausgegeben und sie auf das Kohlenrevier der Dobromina und Krakau ausgedehnt. Die Kohlenbergarbeiterverbände haben sich ebenfalls einmütig der Streikbewegung angeschlossen. Auf fast allen Kohlengruben fanden

Befehlshaberparlamenten statt, in denen sich die Bergarbeiter überall für den Streik erklärten. Auch die Reparaturarbeiten werden sich dem Streik anschließen. Sie haben Lohnforderungen von 20 Prozent gestellt.

### Streik in der Solinger Metallindustrie

In Solingen forderte die Firma Kob. Herm. & Co. einen Lohnabbau von 15 Prozent. Als sich die Arbeiter wehrten, verbot sie die Firma mit dem Angebot, daß sie nur 10 Prozent abgeben werde. Daraufhin sind die betroffenen Rohr- und Feinblechwerke, sowie die Schleifer in den Streik getreten.

Bei dem Vorgehen der Firma handelt es sich um einen ersten Vorstoß der Solinger Metallindustrien, dem unzweifelhaft weitere folgen werden.

### Solinger Buchdrucker fordern 20 Prozent Lohnerrhöhung

Die Generalversammlung des Solinger Buchdruckerverbandes vom 26. Januar nahm einstimmig eine Resolution an, daß bei den bevorstehenden Lohnverhandlungen eine Erhöhung der Tarife um 20 Prozent zu fordern und gegen einen etwaigen neuen schändlichen Schiedsspruch die ganze Kraft einzusetzen ist.

## Zentrum und Volkspartei zanken sich um die Ministerfessel

Volkspartei fordert Einbeziehung in Preußenregierung

Berlin, 1. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Ruchhandel in der Regierungsbildung ist noch immer nicht abgeschlossen. Gestern nachmittag hat Hermann Müller wiederum mit Vertretern des Zentrums Besprechungen abgehalten. Das Zentrum beharrt auf seinen Forderungen. Es ist gegen die Schaffung eines interfraktionellen Ausschusses und fordert die Anerkennung von drei Sitzen im Reichskabinett. Es droht, n. Guérard aus der Regierung zurückzutreten, falls sich die Verhandlungen noch zu lange hinausziehen. Die Volkspartei fordert die gleichzeitige Einbeziehung ihrer Landtagsfraktion in die preussische Koalition. Hermann Müller wird erst heute beim Reichspräsidenten Bericht erstatten, nach der bewährten Praxis des Bürgerblockführers Marx.

### Preussische Polizeioffiziere solidarisieren sich offen mit Reaktionen

Berlin, 1. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern Abend fand eine Vertretertagung des Reichsbundes deutscher Polizeioffiziere und der Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens statt. Die Versammlung wurde demonstrativ

### Leipziger Straßendahner vor dem Kampf

Die Lohnarbeitsverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und dem Verband der Arbeitgeber sächsischer Gemeinden, betr. des Personals der Leipziger Straßendahn, sind erfolglos geblieben.

Die Unternehmer begründeten ihren ablehnenden Standpunkt mit der sonst unvermeidlichen Erhöhung der Fahrpreise und drohten bei Arbeitsniederlegung mit der Absperrung der gesamten Straßendahnangehörigen. Der von ihnen angerufene Schlichtungsausschuss hat bereits gestern getagt. In der letzten Straßendahnerversammlung wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Entschlossenheit der Arbeiter, auch gegen einen evtl. Schiedsspruch zu kämpfen, eindeutig zum Ausdruck kommt.

### Weitere Verhaftungen in Orel

Die Zahl der Verhaftungen im Kubachthal hat sich weiter erhöht. Im Laufe des Donnerstags sind weitere fünf Verhaftungen vorgenommen worden, so daß die Gesamtzahl der Verhafteten jetzt 14 beträgt.

begleitet durch den Oberst Dillenburg, der wegen der bekannten Vorgänge in der Frankfurter Affäre im vergangenen Jahre, bei denen der Bizelektionspräsident Weich von einem Schupobeamten verprügelt worden war, gemahregelt worden ist. Für die deutschnationale Volkspartei sprach Marx und für die Volkspartei der früheren Reichsminister v. Scholz. Der Landesauschuss des Reichsbundes deutscher Polizeioffiziere hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Entlassung Dillenburgs zu Unrecht erfolgt sei. Er fordert vom preussischen Minister des Innern, daß er die Kündigung zurücknehme. Sollte das nicht geschehen, so wird der Verband Dillenburg mehr an den Verband heranziehen. Die Versammlung billigte das einstimmig.

Dieser Vorgang charakterisiert die Polizeioffiziere, als deren Verteidiger sich die Sozialdemokraten Börgel und Grzesinski immer aufwarfen, ganz treffend. Offene Reaktionen führen nach wie vor die Polizei, die seit Jahren unter sozialdemokratischer „Leitung“ steht. Aber stets dient sie der sozialdemokratischen Bedemantel den übrigen Reaktionen als Tarnung ihrer festen Position in der bürgerlichen Republik. Nur wenn es um Forderungen geht, geraten sich die zwei Kräfte in die Haare. Gegen Arbeiter stehen sie nach wie vor in Einheitsfront!

## Trotski und seine Freunde

Die bürgerlich-sozialdemokratische Presse feiert den Abtrünnigen

Die Meldung über die bevorstehende Ausweisung Trotskis aus der Sowjetunion wird seitens der gesamten bürgerlich-sozialdemokratischen, insbesondere der Berliner, Presse mit wenigen Ausnahmen in sensationeller Aufmachung, meist an der Spitze der Blätter, wiedergegeben. In völliger Einheitsfront von der rechtsradikalen Berliner Wörten-Zeitung bis zum sozialdemokratischen Abend-Vorwärts, wobei auch das Urbahn-Blättchen Volkswille nicht fehlen darf, solidarisieren sich die gesamten antiproletarischen Zeitungen Deutschlands mit Leo Trotski gegen die Sowjetunion. Während Herr Urbahn sich die amüsantere Frage erlaubt: „Wo ist Trotski? Lebt Trotski noch?“, läßt es sich das sozialdemokratische Zentralorgan nicht nehmen, die Nachricht von Trotskis Ausweisung mit der scherzhaften Bemerkung zu begleiten: „Er muß das Nützrecht Westeuropas in Anspruch nehmen“. Das schreibt derselbe Vorwärts, der noch vor wenigen Tagen in Uebereinstimmung mit den ultralinken Agenten der SPD, den Parteis und Urbahn, über die „Graufamkeit“ der Sowjetregierung, der Bolschewistischen Partei und des Genossen Stalin, geteilt, weil er Trotski „seiner Freiheit beraubt“. Nun hat Leo Trotski die Freiheit, überall hinzugehen, wohin es ihm beliebt — aber das heuchlerische Geschrei wird nur noch heftiger.

Der freundliche Empfang, der Trotski in Deutschland, wozu er nach einer Meldung der Jugenbergschen Telegraphen-Union angeblich zu überföhren gedenkt, seitens der Bourgeoisie und ihrer Agenten zuteil wird, ist die furchtbarste Anklage für einen Mann, der durch eine Reihe von Jahren ein Kalkül in der Partei der russischen Revolution, der Bolschewistischen Partei, gegeben hat. Ein Kalkül, das einige Monate vor der Oktober-

revolution des Jahres 1917 begann, nachdem Trotski durch Jahrzehnte vorher entschiedenster Gegner Lenins und des Bolschewismus gewesen war. Ein Kalkül, das gefährdet war, sobald und so oft der Weg der russischen Revolution und der Bolschewistischen Partei auf größere Schwierigkeiten stieß. Und das sein Ende fand, als es galt, nicht mehr nur auf den Barrikaden und an der Front, sondern im jähem Alltagskampf des wirtschaftlichen Ringens um den Sozialismus die Feuerprobe auf die revolutionäre Zuverlässigkeit zu bestanden. Da erwies es sich, daß Trotski nie zu einem wirklichen Bolschewik geworden war.

Was er in den Jahren seiner Mitgliedschaft in der bolschewistischen Partei Positives leistete, ist trotzdem groß genug, um seine heutige Rolle als halb unfreiwilliger, halb freiwilliger Agent der internationalen Bourgeoisie gegen die proletarische Revolution und gegen die Sowjetmacht desto erbärmlicher erscheinen zu lassen.

Dieselben Leute, die Trotski vor Jahren beschimpft und verleumdelt haben, bezeugen ihm jetzt ihre Liebe. Das ist zugleich der beste Beweis dafür, daß die Trotskisten ihre Einreihung in die gegenrevolutionäre Front vollzogen haben. Die Leipziger Volkszeitung nimmt in einem längeren Artikel zum Trotskismus Stellung, auf den einzugehen es sich nicht weiter lohnt. Am Schluß heißt es aber bezeichnenderweise:

„Die Trotskisten ringen sich allmählich zum richtigen Wege durch. Und je eher es ihnen gelingt, ihre politische Einstellung bis zur letzten Konsequenz herauszukristallisieren und den Bann der alten Utopien zu brechen, desto eher wird auch der Zusammenbruch aller Klassenbewußten politischen Gruppierungen innerhalb der russischen Arbeiterklasse möglich sein, desto